

Positiver Jahresabschluss 2019: AOK NORDWEST bleibt weiter auf Wachstumskurs Gesundheitspolitik treibt Ausgaben in die Höhe

Kiel (24. Juni 2020). Die AOK NORDWEST setzt ihre erfolgreiche Geschäftspolitik mit stabilen Finanzen und mehr Wachstum fort. Mit einem positiven Rechnungsergebnis in Höhe von 14,9 Millionen Euro schließt sie das vergangene Geschäftsjahr 2019 ab. Das stellte heute der Verwaltungsrat in seiner Sitzung fest. Das Haushaltsvolumen der AOK NORDWEST betrug in 2019 rund 10,2 Milliarden Euro. Außerdem wächst die AOK NORDWEST weiter. Mehr als 46.000 neue Mitglieder entschieden sich im vergangenen Jahr für den Marktführer in Westfalen-Lippe und Schleswig-Holstein. „Mit unserem im Branchenvergleich geringen Zusatzbeitrag und den vielen exklusiven Mehrleistungen innerhalb unseres 500 Euro-Gesundheitsbudgets haben wir uns deutliche Wettbewerbsvorteile verschafft“, sagt AOK-Vorstandsvorsitzender **Tom Ackermann**.

Die stabile Finanzlage der AOK NORDWEST sei vor allem auf die kontinuierlich steigende Mitgliederentwicklung und daraus folgend eine positive Einnahmesituation, wirtschaftliches Handeln und innovative Versorgungskonzepte zurückzuführen. „Damit bleiben wir ein verlässlicher Partner und bieten auch künftig für unsere Versicherten ein attraktives Preis-Leistungsverhältnis mit vielen Zusatzleistungen und einen kundennahen Service“, erklärt **Georg Keppeler, alternierender AOK-Verwaltungsratsvorsitzender und Versichertenvertreter**. Mit rund 2,9 Millionen Versicherten ist die AOK NORDWEST die größte gesetzliche Krankenkasse in Westfalen-Lippe und Schleswig-Holstein.

Johannes Heß, alternierender AOK-Verwaltungsratsvorsitzender und Arbeitgebervertreter, betont: „Wir haben in den vergangenen Jahren vorausschauend gewirtschaftet und sorgen mit unserer soliden Finanzpolitik für Versicherte und Arbeitgeber gleichermaßen für stabile Verhältnisse. Doch die finanziellen Aussichten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) trüben sich insgesamt merklich ein“, sagt Heß. Der von der Politik eingeschlagene Kurs der extensiven Ausgabenpolitik setze sich weiter fort. Kostentreibend seien vor allem die Finanzwirkungen der ‚Spahnschen‘ Gesetzgebung aus dem letzten Jahr, die sich auch in diesem Jahr weiter fortsetzen, so Heß. „Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben driftet



immer weiter auseinander“, kritisiert auch Georg Keppeler die aktuelle Gesundheitspolitik der Bundesregierung. Das Geld der Beitragszahler müsse konsequent dem Nutzen für Versicherte und Patienten und der bestmöglichen Qualität folgen. Es sei nach wie vor fraglich, ob und wann die von der Politik versprochenen Verbesserungen in der Versorgung überhaupt spürbar bei den Versicherten ankommen, so Keppeler.

Noch unklar ist, in welchem Ausmaß sich die aktuelle Corona-Krise auf die finanzielle Situation der GKV auswirken wird. Kosteneinsparungen, weil bestimmte Leistungen oder Routineeingriffe von Ärzten, Krankenhäusern oder anderen Leistungserbringern nur eingeschränkt vorgenommen wurden, stehen den Mehrausgaben durch die Rettungsschirme für die Leistungserbringer und vor allem erhebliche Beitragsmindereinnahmen aufgrund der pandemiebedingten Auswirkungen wie Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit gegenüber. Um das alles valide zu analysieren, werden die gesetzlichen Krankenkassen in den nächsten Wochen einen Kassensturz machen und die Folgewirkungen mit Gesundheitsminister Spahn besprechen.

Hinzu kommen milliardenschwere Ausgaben für die präventiven Corona-Massentests, die der Staat der Solidargemeinschaft der GKV als ‚versicherungsfremde Leistung‘ aufgebürdet hat. „Diese Tests unterstützen wir ausdrücklich. Allerdings muss diese gesamtgesellschaftlich wirkende Aufgabe vom Staat bezahlt werden. Doch stattdessen werden die beitragszahlenden Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Rentner und Selbständige einmal mehr zur Kasse gebeten“, so Heß. Nach dem Kassensturz im Spätsommer wird dann neu zu bewerten sein, ob die von Minister Spahn angekündigten 3,5 Milliarden Euro ausreichen oder zusätzliche Bundesmittel zur Stärkung der GKV erforderlich sind. „Covid19-bedingte Beitragserhöhungen und damit eine Zusatzbelastung des Arbeitsmarktes müssen unbedingt vermieden werden“, so Heß.

Insgesamt sind die Leistungsausgaben der AOK NORDWEST im Jahr 2019 je Versicherten um 5,57 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der größte Ausgabenblock bleibt die Krankenhausbehandlung mit rund 3,6 Milliarden Euro. Dahinter folgen Ausgaben für Arznei- und Verbandmittel mit 1,56 Milliarden Euro sowie die ambulante ärztliche Behandlung in Höhe von jeweils rund 1,51 Milliarden Euro.



Ihr Gesprächspartner:

Jens Kuschel, Pressesprecher
AOK NORDWEST – Die Gesundheitskasse.
Edisonstraße 70, 24145 Kiel
Telefon 0800 2655-505528
Mobil 01520-1566136
E-Mail presse@nw.aok.de

